

**II-379** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1031 Wien, den 31. März 1987  
Radetzkystraße 2  
Tel. 75 56 86-99/Serie  
Auskunft

Zl. IV-40.004/11-2/87

47 /AB

1987 -04- 08

Klappe

Durchwahl

zu 28 /J

B e a n t w o r t u n g

der parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Freda BLAU-MEISSNER und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Umweltbundesamt (Nr. 28/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen gestellt:

- " 1) Wieviele Dienstposten stehen Ihnen im Umweltbundesamt wirklich noch zur Verfügung?
- 2) Welche Planstellen sind dem Umweltbundesamt entzogen worden und wofür wurden diese Stellen im Einzelnen verwendet?
- 3) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß zumindest der im Gesetz vorgeschriebene Personalstand erreicht wird?
- 4) Bis zu welchem Zeitpunkt soll dieser Personalstand erreicht werden?
- 5) Wie läßt sich die widmungswidrige Verwendung der Planstellen des Umweltbundesamtes mit dem angeblichen "Vorrang für Umweltschutz" dieser Bundesregierung erklären?
- 6) Wie können Sie mit der "Priorität für Umweltschutz" vereinbaren, daß dem Umweltbundesamt noch keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Das Bundesgesetz vom 29.3.1985 über die Umweltkontrolle, BGBl.Nr. 127, das am 1. Mai 1985 in Kraft getreten ist, sah für das Umweltbundesamt 272 Planstellen vor. Darin waren 36 Planstellen für Bedienstete enthalten, die aus Bereichen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft durch § 15 des zit. Gesetzes zum Umweltbundesamt versetzt wurden.

Der Aufbau einer Einrichtung dieser Größenordnung und ihrer Zweigstellen erforderte eine gründliche Planung der personellen und sachlichen Ausstattung und große Anstrengungen zur Gewinnung des notwendigen qualifizierten Personals der verschiedensten Fachrichtungen. Die Aufnahme der Bediensteten erfolgte entsprechend dem Aufbauplan und nach Maßgabe der Möglichkeiten zu ihrer räumlichen Unterbringung. Gleichzeitig wurden die erforderlichen Geräte angeschafft.

Wie aus den folgenden Antworten zu ersehen ist, konnte in der seit der Errichtung des Umweltbundesamtes vergangenen kurzen Zeit bereits eine bedeutende Einrichtung geschaffen werden, die schon anlässlich der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hervorragende Leistungen erbracht hat.

#### Zu Frage 1

In der in parlamentarischer Behandlung stehenden Regierungsvorlage des Bundesfinanzgesetzes 1987 (einschließlich Stellenplan) sind für das Umweltbundesamt 199 Planstellen vorgesehen, sodaß noch 56 freie Planstellen für die Aufnahme von weiterem Personal zur Verfügung stehen werden.

#### Zu Frage 2

Die im Rahmen des stufenweisen Ausbaues des Umweltbundesamtes zunächst noch nicht besetzbaren Planstellen wurden zum Teil für besonders dringenden Mehrbedarf in anderen Bereichen

-3-

des Ressorts Gesundheit und Umweltschutz herangezogen. Es handelt sich insgesamt um 73 Planstellen. Sie werden insbesondere bei den Lebensmitteluntersuchungsanstalten für Aufgaben auf den Gebieten der Radiologie, des Strahlenschutzes und der Toxikologie verwendet (33 Planstellen). Die weiteren Planstellen mußten für die Zentralstelle herangezogen werden, wo sie insbesondere für Aufgaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes und für den zusätzlichen Bedarf nach der Übersiedlung des Bundesministeriums in das neue Bundesamtsgebäude verwendet werden.

Zu Frage 3

Ich werde den weiteren Ausbau des Umweltbundesamtes bis zu dem im Stellenplan 1987 vorgesehenen Personalstand fortführen.

Zu Frage 4

Ein genauer Zeitpunkt für den Abschluß des personellen Ausbaues läßt sich gegenwärtig noch nicht absehen.

Zu Frage 5

Wie aus der Antwort zu Frage 2 hervorgeht, wurde ein großer Teil der Planstellen des Umweltbundesamtes zwar in anderen Bereichen, aber auch für Fragen des Umweltschutzes verwendet. Im übrigen war es im Interesse der Sparsamkeit notwendig, den dringenden Mehrbedarf der anderen Bereiche aus den zunächst beim Umweltbundesamt nicht besetzbaren Planstellen zu bedecken und dadurch eine von der Opposition immer wieder kritisierte Ausweitung des Stellenplanes zu vermeiden.

Zu Frage 6

Die Bemühungen, auch die Frage der räumlichen Unterbringung einer befriedigenden Lösung zuzuführen, werde ich verstärkt fortsetzen.

Der Bundesminister:

